

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden.
Aden & Comp. Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion:
Gedr. Arnhold, Dresden
und Schf. Staatsbank.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Nordstadt und Dresden-Südstadt

Zeitungspreis einschließlich Bringerlohn in der 40. Woche vom 20. September bis 5. Oktober 22.000.000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 4.500.000 M., Einzelnummer 4.000.000 M., -- M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schiffverteilung: Wettinerplatz 10. Tel. 26 281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 26 281.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 135 M., die 80 mm breite Reflamzeile 500 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 500 M. Schlüsselzahl: 50.000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 P. pro Monat. Für Briefverbreitung 8000.000 M.

Nr. 233

Dresden, Freitag den 5. Oktober 1923

34. Jahrg.



Das Fragezeichen beherrscht die Stunde, und niemand kann sagen, was in den nächsten Tagen sein wird.

Zur Zeit irrt Stresemann, ein Bild aufgelöster Nationalität, zwischen den Parteiführern einher, um irgendwie eine neue Regierung zu finden. Wir halten es für selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie jeder Koalition absteht, die von der Deutschen Volkspartei abhängig ist. Denn so trüb auch der Kladderadatsch der großen Koalition für alle Beteiligten war, ein Gutes hatte das Experiment doch: es hat bewiesen, daß die Volkspartei noch immer die Partei der alten nationalliberalen Verwaschenheit ist, daß kein Mensch und keine Partei auf ihre Versprechungen, Zusagen oder Unterschriften bauen kann, daß eher ein Steinbild errichtet als diese Partei über das schandbare Maß ihrer Unzuverlässigkeit. Oder, nicht moralisch, sondern politisch gesprochen: diese Partei widerlicher Verwaschenheit sucht die schroffen Gegensätze von kapitalistischen und antikapitalistischen Interessen, von monarchistischen und republikanischer Auffassung mit Volksgemeinschaftsphantasien zu überbrücken und geht damit so ungeniert um, wie keine andere Partei. Ihre Stellung zur Politik ist ungefähr dieselbe, die der Kurpfuscher zur Medizin hat.

Wir haben unsere Partei vor dem Zustandekommen der großen Koalition dabei gewarnt, mit dieser Partei zusammenzugehen, ohne daß die Sozialdemokratie im Kabinett die entscheidende Macht besitzt. Die Volkspartei hat im Kabinett nicht einmal gehandelt wie ein Kaufmann, sondern wie ein Gauner. Um das Kabinett zustande zu bringen, ging sie mit der Sozialdemokratie bindende Vereinbarungen ein, die sie nicht nur nicht erfüllte, sondern die sie noch mehrschidiger Regierung durch Forderungen, die diesen Vereinbarungen strikte zumbrechen, einfach lächerlich machte und zur Makulatur stempelte. Teile dieser Volkspartei, die jetzt die Entscheidung erlangt haben, spielten von vornherein bewusst und mit Absicht ein unehrliches Spiel, und das ist so ziemlich das Schlimmste dessen, was von einer Koalitionspartei gelagt werden kann. Dies das Ergebnis der großen Koalition. Möge es seine Wirkung vor allem auf diejenigen in unserer Reihe nicht verfehlen, die bisher glaubten, man könne mit der Deutschen Volkspartei zusammen regieren.

Was gegenwärtig auf dem Spiele steht, ist nicht gering. In der Regierung zu sitzen, bedeutet für uns gleichzeitig, über die Machtmittel mit zu verfügen, die dem Staate zum Schutze der Verfassung gegeben wurden. Aber auch hier zeigte sich, daß es gefährlicher sein kann, sich mit einem Verräter in die Macht zu teilen, als unbelastet von der Verantwortung außerhalb der Regierung zu warten. Denn auch in diesem Punkte hat die Volkspartei Verrat geübt: sie hat die Machtmittel des Staates zwar gegen die Feinde der Republik durch die Ausnahmeverordnung mit mobilisiert, aber ihrer halbrepublikanischen Einstellung ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß sich dieser Ausnahmezustand in einzelnen Landesteilen gegen die freirechtlichen Volksteile fehrte. Es ist ein Skandal sondergleichen, daß in Bayern der proletarische Selbstschutz aufgelöst werden konnte, während die faschistischen Freikorps nicht nur bewaffnet umherlaufen, sondern ihre Bürgerkriegspläne ungeniert der Öffentlichkeit verkünden. Die Reichsregierung hat bis heute zur Entwarnung des baltischen und nordbaltischen nichts getan! Sie hat nicht einmal Veranlassung genommen, dieses gemeinschaftliche Treiben illegaler Organisationen und ihrer hochbeamteten Vornehmlichen öffentlich zu brandmarken. Auch das ist ein Skandal sondergleichen.

Die sozialdemokratische Anhängerschaft wurde im Laufe der Jahre an manche politische Säuernelei gewöhnt, die sich unter Mithilfe der bürgerlichen Parteien entwickelte. Sie hat manches bittere geschluckt in der Hoffnung, daß die Zeit den Unterschied zwischen der Moral der freirechtlichen Massen und dem moralischen Tiefstand des reaktionären Treibens beweisen würde. Sie hat mit den schärfsten Abwehrmitteln bis heute zurückgehalten, um nicht Auseinandersetzungen zu provozieren, die den Zerfall Deutschlands bedeuten müßten. Heute scheint es, als ob die Einheit Deutschlands kaum noch zu retten ist. Die entscheidenden Wirtschaftsmächte der bestehenden Schichten sind von einem Egoismus, der allmächtig selbst Mätern jenes Schlages auf die Verdien füllt, die für die Interessen, Forderungen und Anschauungen der bürgerlichen Schichten alles und für die Wünsche und Lebensnotwendigkeiten der breiten Massen wenig übrig hatten.

Das Hauptorgan des Zentrums, die Germania, wie auch die Blätter der Demokraten wenden sich scharf gegen das landesverräterische Spiel der Volkspartei. Sollten die beiden Parteien bei dieser Gelegenheit einsehen, daß eine wirklich republikanische Politik, daß eine Arbeit des „sozialen Ausgleichs“, um einen bei den Rechtsparteien ebenso beliebten als verschwommenen Ausdruck zu gebrauchen, mit Stresemanns Partei nicht zu machen ist, geschweige denn die Erfüllung antikapitalistischer Forderungen, die die Gegenwart

gebieterisch aufstellt, so wäre die Wiederkehr der Kleinen Koalition denkbar. Das Wahrscheinliche ist jedoch, daß nach dem entwerdenden Aufrufkonflikt auch diese beiden republikanischen Parteien der Energie ermangeln, die notwendig ist, um Deutschland aus dem Sumpfe der kapitalistischen Wirtschaftsdiktatur zu reißen.

So bliebe als eine der letzten Perspektiven ein reaktionäres Kabinett mit Einschluß der Deutschen Nationalen. Aber ohne Teilnahme von Zentrum und Demokraten hat es im Parlament keine Mehrheit. Weder die eine, noch die andere der beiden Parteien kann sich ein Zusammengehen mit den Deutschen Nationalen gestatten, ohne daß ihnen breite Wählermassen den Rücken kehren. Was nun? Es gibt in der Volkspartei wie bei den Deutschen Nationalen genügend Leute, die mit den Gedanken einer Diktatur, einer Regierung ohne parlamentarische Mehrheit, spielen. Wir wissen, was dabei für die deutsche Arbeiterklasse auf dem Spiele steht, aber wir haben diese Gefahr nicht zu fürchten. Können die Deutschen Nationalen wirklich ans Ruder, so hätten sie endlich die Versprechungen zu erfüllen, die sie seit Jahren breitmäutig unter Volk gedreckschleudert haben. Glaubte jemand, daß diese Vertreter der egoistischsten Klassenelbstsucht Brot aus Steinen machen können? Wenn die Bayern die Parteiherrschaft der Deutschen Nationalen aus ihrer Tasche bezahlen sollten, verlor die um Hergt und Helfferich selbst die Kreise, die ihnen bisher die getreueste Gefolgschaft leisteten. Sie ständen vor Aufgaben, die ihnen über dem Kopfe zusammenschlugen. Und wir können allen, die mit dem Gedanken einer reaktionären Diktatur spielen, schon heute verraten, daß die sozialdemokratischen Arbeiter alles tun würden, um ihnen das Regieren gründlich zu verfallen. In wenigen Wochen würden selbst diejenigen einem rechtsgerichteten Diktaturkabinett das „Kreuzige!“ zuschreiben, die heute bereit sind, einem kaiserlichen Gewaltregime „Gosianna!“ zuzurufen. Wir stellen uns den Kampf, der in einem solchen Falle einsehen müßte, ganz gewiß nicht leicht vor. Aber schließlich würde unten zusammengerechnet, was uns bangt dabei auch nicht vor der Frage, wer bei diesem Kampfe den Kopf verliert!

Es ist kein Zweifel, daß Voicardé einer reaktionären Diktatur mit Vergnügen und verstärkten Armen zuzuhauen würde. Er verliert dabei nichts, er kann nur ge-

winnen. Sein Ziel ist die Zerstückelung, die Zertrümmerung Deutschlands. Er weiß, daß bis heute die organisierte Arbeiterklasse jene Kraft war, die am stärksten für den Zusammenhalt Deutschlands wirkte. Er weiß auch, daß die Arbeiterklasse vor der separatistischen Kapitulation die Segel streichen müßte, sowie die Volksrechte der Weimarer Verfassung auch nur für Tage unter faschistische Zügel geraten. Darum geht es gegenwärtig und darauf setzen in dieser Stunde auch im Bürgerturn alle die eindringlich hingewiesen, die Deutschlands Einheit als Voraussetzung deutscher Kultur und deutscher Zukunft erachten.

Wiederherstellung der großen Koalition?

Bei Schluß der Redaktion gehen uns folgende Berichte zu: S. P. D. Berlin, 4. Oktober. (Sig. Drahtbericht.) Am 3. Oktober bricht im Reichstag die Ansicht durch, daß eine Regierung ohne parlamentarische Stütze, also auch ein Kabinett der Persönlichkeiten, in Anbetracht der schwierigen inner- und außenpolitischen Lage vollkommen unmöglich ist. Man erörtert deshalb bereits jetzt wieder die Möglichkeit, zurückzukehren zur großen Koalition mit Veränderungen in der bisherigen Besetzung der Ministerien. Um 12 Uhr trat die sozialdemokratische Fraktion zu einer Besprechung zusammen. Für 1 Uhr hat der Reichskanzler den Generalsekretär Herrmann Müller zu sich gebeten.

Der Versuch des Reichskanzlers, ein überparteiliches Kabinett zu bilden, muß jetzt als gescheitert betrachtet werden. Dr. Stresemann hatte die Ansicht, im wesentlichen die demokratischen und sozialparteilichen Minister, wie auch die des Zentrums seiner bisherigen Regierung in das neu zu bildende Kabinett einzureihen, dagegen die bisher von Sozialdemokraten besetzten Ministerien den Wirtschaftlern auszubändigen, die als politisch unbeschrieben gelten könnten. Doch im Verlaufe des gestrigen Abends wurde er sich davon überzeugen, daß ein derartiges Kabinett bereits in seiner ersten Sitzung fallen würde, weil in die Zustimmung der Deutschen Nationalen ausgeschloffen seien und auch die Sozialdemokratie gegen eine derartige Regierung stimmen müßte.

Der Reichskanzler hat deshalb noch am Donnerstagabend die Führer der Koalitionsparteien, verhaftet zu erwürgen, ob nicht dennoch eine Möglichkeit besteht, ein Kabinett der großen Koalition zu bilden. Er sah sich in dieser Auffassung um so mehr gezwungen, als die nur noch übrigbleibende Lösungsmöglichkeit durch eine Auflösung des Reichstages außerordentliche Schwierig-

Aufruf der Gewerkschaften

SPD. Die drei freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, A. D. G. B., A. G. A. und A. D. V., richten folgenden Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und Beamten:

Die Ereignisse der letzten Tage haben offenbar gemacht, welche Gefahren die deutsche Arbeitnehmerschaft bedrohen. Nicht genug, daß der unerbittliche Gegner im Westen auf den Zerfall der deutschen Republik lauert und an den Grundrechten der Arbeiter, Angestellten und Beamten rüttelt: in Deutschland selbst erheben sich ihre erbittertesten Feinde; im eigenen Land holen ihre wirtschaftlichen und politischen Widersacher zum entscheidenden Schlage aus.

Dieselben reaktionären Kreise, die der Arbeiterbewegung immer den Klassenkampf zum Vorwurf machten, haben jetzt ihrerseits die Sturmflut des

rücksichtslosesten Klassenkampfes gegen die Arbeitnehmer entrollt.

In Bayern triumphiert die Reaktion. Die gesamten Maßnahmen des Herrn v. Kaifer verfolgen nur den Zweck, unter Schonung der arbeitserbittlichen und antirepublikanischen Elemente auf scheinbar legalen Wege die Arbeiterbewegung wirtschaftlich und politisch in die alte Hörigkeit zurückzuwerfen und alle ihre Feinde gegen das Reich und gegen die Arbeitnehmer zu mobilisieren.

Alle innerpolitischen Gegner der Republik, Separatisten, Monarchisten und Rechtsradikale, arbeiten sich in die Hand. Alle sind daran interessiert, die Autorität des Reiches zu untergraben. Jede dieser Gruppen sucht in der Vernichtung der Republik die erwünschte Gelegenheit, ihre Sonderziele zu verwirklichen. Alle glauben ihre Stunde gekommen. Soweit ihre Ziele im einzelnen auseinandergehen, einig sind sie sich in der Bekämpfung der deutschen Arbeiterbewegung. Sie sind die politischen Bundesgenossen des Unternehmertums, die Vorhut der wirtschaftlichen Reaktion.

Die Entrechtung der deutschen Arbeitnehmerschaft in Staat und Wirtschaft ist ihr gemeinsames Ziel. Sie halten den Zeitpunkt für gekommen, jetzt auch sogar die Sozialpolitik, d. h. die Regelung sozialer Rechtsverhältnisse, die staatliche Fürsorge für Invaliden und Arbeitslose, jeder Einschränkung des Parlaments und der Gewerkschaften zu entziehen, um sie nur noch in die Hand einer mit unbeschränkter Vollmacht ausgestatteten Regierungsdiktatur zu legen. Vor allem soll auch die Arbeitszeit ohne

das in der Verfassung garantierte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer beliebig verlängert werden können.

Es ist blutiger Hohn, wenn die Reaktionen vorgeben, diesen Kampf gegen die Arbeiterbewegung im Namen der Nation, im Interesse der deutschen Wirtschaft zu führen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind in den vergangenen Jahren am Rhein wie in Bayern allen separatistischen Nachenschaften entgegengetreten. Sie waren und sind die Vorkämpfer des Reichsgedankens in allen von Sonderbändlern und Monarchisten gefährdeten Gebieten. Die Gewerkschaften haben die Rechte der Nation, die Interessen der Allgemeinheit vertreten, indem sie den Egoismus der Unternehmer bekämpften, um dem Staat zu geben, was dem Staat gehört.

Die Enterteten der Nation waren ihre entschlossensten Verteidiger, sie haben die schwersten Opfer gebracht an Gut und Blut. Nun will man sie mit Füßen treten. Die fürchterliche Teuerung steigert täglich die Entbehrung und die Not in den Familien trotz der hohen Nominallöhne. Unser wirtschaftlicher Gegner möchte dieses farge Entgelt noch vermindern. Um die letzte Kraft aus den Arbeitern herauszuholen, wollen sie die Arbeitszeit nach eigenem Belieben verlängern. Sie werfen die Arbeiter auf die Strafe. Unabsehbarer wirtschaftlicher Not erwartet die Scharen der Arbeitslosen. Diesem Bunde der Arbeiterfeinde gilt es entgegenzutreten.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Erkennt die Gefahr!

Jetzt ist nicht die Zeit, in euren eigenen Reihen politische Gegensätze auszutragen und eure Kräfte zu zersplittern. Gegen die Feinde der Arbeiterbewegung muß die geeinte Macht des deutschen Proletariats eingesetzt werden. Nur so ist der Aufsturm der Gegner zu brechen. Die Gewerkschaften sind entschlossen, den Kampf um euer Recht zu führen — wenn es sein muß, auch mit den äußersten Mitteln, über deren Anwendung jedoch niemand anders als die zentrale Leitung der Gewerkschaften entscheiden darf.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Besorgt ausschließlich die Leitung der Spitzenorganisationen. Halte! Disziplin!

Nieder mit den Feinden der Arbeiterklasse! Es lebe die deutsche Republik!